

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
A. Einführung in die Thematik	13
B. Gang der Darstellung	18
1. Teil Die Prämissen	21
A. Die Beweisberücksichtigungspflicht des Gerichts gem. § 286 ZPO i.V.m. Art. 103 I GG	21
I. Das Recht auf Beweis	22
II. Einschränkungen des Rechts auf Beweis.....	24
B. Die Wahrheitsermittlung als Prozessziel	25
C. Die Trennung zwischen dem materiellen Erlangungsakt und dem Akt der prozessualen Verwertung	27
D. Der Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung	30
E. Ergebnis	32
2. Teil Missachtung des Mitbestimmungsrechtes gem. § 87 I BetrVG	33
A. Materiell-rechtliche Sanktionsmöglichkeiten	34
I. Sicherung der Beteiligungsrechte des Betriebsrates.....	34
II. Individualrechtliche Folgen	37
III. Zwischenergebnis.....	39
B. Ein neues Verteidigungsmittel	40
I. Ein prozessuales Mittel unüberschaubaren Ausmaßes	40
II. Mögliche Konsequenzen der Annahme eines generellen Beweisverwertungsverbotes.....	41
1. Das Zwischenverfahren	41
2. „Non liquet“	42
3. Die Durchführung eines Einigungsstellenverfahrens auf Grund der Unüberschaubarkeit der Rechtsprechung.....	43
III. Zwischenergebnis.....	45
C. Die Theorie der Wirksamkeitsvoraussetzung	46

I. Der Inhalt der Theorie der Wirksamkeitsvoraussetzung	47
II. Beweisverwertungsverbot auf Grund der Geltung der Theorie der Wirksamkeitsvoraussetzung	48
III. Die Theorie der Wirksamkeitsvoraussetzung als indirekter Anknüpfungspunkt hinsichtlich der Frage der Verwertbarkeit.....	50
IV. Zwischenergebnis	51
D. Beweismittel, die unter Verstoß gegen einfachgesetzliche materielle Rechtsnormen gewonnen wurden.....	52
I. Generelles Verwertungsverbot vs. generelle Verwertbarkeit.....	53
1. Generelle Verwertbarkeit	53
2. Generelles Verwertungsverbot	55
II. Differenzierende Ansichten	59
1. Analoge Anwendung der §§ 422, 423 ZPO	59
2. Der Grundsatz von Treu und Glauben.....	61
3. Entsprechende Anwendung der für den Strafprozess entwickelten Grundsätze	63
a) Beweisverwertungsverbote im Strafprozess.....	64
b) Übertragung der Grundsätze aus dem Strafprozess.....	65
III. Abwägung der widerstreitenden Interessen auf prozessualer Ebene.....	67
1. Inhalt der Abwägungslehre.....	68
2. Anwendung der allgemeinen Grundsätze.....	73
3. Entscheidung nach Sinn und Zweck des verletzten Mitbestimmungstatbestandes	78
a) Die verschiedenen Zielsetzungen von § 87 I Nr. 6 BetrVG.....	82
aa) Der Schutzzweck von § 87 I Nr. 6 BetrVG	83
bb) Der Teilhabezweck.....	90
cc) Der Ordnungszweck	97
b) Beweisverwertungsverbot – ja oder nein	98
aa) Der Teilhabezweck als Grundlage eines Beweisverwertungsverbotes	98
bb) Der Schutzzweck als Grundlage eines Beweisverwertungsverbotes	100
cc) Die Zustimmung des Betriebsrates	116
4. Zwischenergebnis	119
IV. Zwischenergebnis	120
E. Ergebnis.....	121

3. Teil Übertragung der gefundenen Ergebnisse auf andere Mitbestimmungstatbestände	123
A. § 94 BetrVG	124
I. Der Anwendungsbereich des Mitbestimmungsrechtes gem. § 94 BetrVG.....	125
II. Mögliche Anknüpfungspunkte für ein Beweisverwertungsverbot.....	128
1. Materiell-rechtliche Reaktionsmöglichkeiten des Arbeitnehmers	129
a) Keine individualrechtliche Rechtsfolge.....	129
b) Differenzierende Betrachtung.....	130
c) Zwischenergebnis	134
2. Der Schutzzweck des § 94 BetrVG als Anknüpfungspunkt für ein Beweisverwertungsverbot	134
a) Der Schutzzweck des Mitbestimmungstatbestandes gem. § 94 BetrVG.....	135
b) Beweisverwertungsverbot – ja oder nein	137
c) Zwischenergebnis	137
III.Ergebnis	138
B. § 99 BetrVG	138
I. Die Mitbestimmungspflichtigkeit eines Detektiveinsatzes	140
1. § 87 I Nr. 1 und Nr. 6 BetrVG.....	140
2. § 99 I 1 BetrVG	141
3. Zwischenergebnis	145
II. Mögliche Anknüpfungspunkte für ein Beweisverwertungsverbot.....	146
1. Individualrechtlichen Konsequenzen bei Missachtung des § 99 I 1 BetrVG	146
2. Der Schutzzweck des § 99 BetrVG	148
III.Ergebnis	152
4. Teil Sonderproblem: Die Fernwirkung von Beweisverwertungsverboten.....	153
A. Die Behandlung der Fernwirkung in Literatur und Rechtsprechung.	154
I. Der Strafprozess.....	154
II. Die zivilprozessuale Literatur und Rechtsprechung.....	155
B. Die Fernwirkung eines Beweisverwertungsverbotes für mitbestimmungswidrig erlangte Beweismittel	157
I. Übertragung der dargestellten Lösungsansätze	157

II. Bezugnahme auf die Überlegungen, die zur Annahme eines primären Beweisverwertungsverbotes geführt haben	159
1. Die Anwendung der für die Annahme eines Beweisverwertungsverbotes ausschlaggebenden Überlegungen	160
2. Ausnahmen	161
a) Unabhängig gewonnene Beweise	162
b) Hypothetisch unabhängige Beweise	162
C. Ergebnis	165
Zusammenfassung	167
Literaturverzeichnis	171